Aussichten für einen Aufschwung in diesem Jahr schwinden

11.03.25 | Berlin

Aussichten für einen Aufschwung in diesem Jahr schwinden

UVB-Frühjahrsumfrage: Viele Branchen in der Hauptstadtregion rechnen mit wachsenden Problemen

Eine spürbare wirtschaftliche Erholung in der Hauptstadtregion in diesem Jahr wird immer unwahrscheinlicher. Das ist das Ergebnis der Frühjahrsumfrage der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) unter ihren 60 Mitgliedern. 57 Prozent der befragten Branchen schätzen demnach ihre Entwicklung in diesem Jahr schlechter ein als im vergangenen. 40 Prozent gehen von stabilen Geschäften aus, und nur 3 Prozent erwarten ein besseres Jahr.

Aktuell bezeichnen bereits 40 Prozent der Verbände ihre Situation als schlecht. Vor allem das Verarbeitende Gewerbe ist pessimistisch.

Wichtige Branchen wie der Maschinenbau, die Chemieindustrie oder die Bauwirtschaft geben an, ihre Lage sei aktuell bereits schlecht. Die Erwartungen für Umsatz, Investitionen und Beschäftigung zeigen überwiegend nach unten. Das Handwerk ist mit der Geschäftslage noch recht zufrieden, die meisten Gewerke erwarten aber in den kommenden Monaten weniger Aufträge. Auch die Dienstleister blicken sehr verhalten in die Zukunft. Wichtige Wirtschaftszweige wie der Handel, Hotels und Gaststätten oder die Gesundheitswirtschaft gehen bestenfalls von einer Stagnation aus.

Durchgehend weniger Investitionen - ein Alarmzeichen

„Noch nie in der Geschichte unserer Verbände-Umfrage war der Pessimismus in der Indus-trie so verbreitet. Fast durchgehend wollen die Branchen weniger investieren als in der Vergangenheit. Das ist ein Alarmzeichen und zeigt, dass die tiefe Krise der Industrie auch in Berlin und Brandenburg angekommen ist“, sagte UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp am Montag auf der Jahrespressekonferenz der Spitzenorganisation in Berlin. Er führte die schlechte Stimmung auf eine tiefe Verunsicherung der Unternehmen zurück. „Wir befürchten, dass die schlechten Geschäftsaussichten nicht ohne Folgen für die Beschäftigung bleiben werden.“ Einzig die Start-up-Wirtschaft und mit ihr die ITK-Branche bleibe zuversichtlich. Hier gehen die Erwartungen für Umsatz, Aufträge und Investitionen nach oben.

Nur wenig Wachstum in Berlin und Brandenburg

Angesichts der mäßigen Stimmung sehen die Unternehmensverbände wenig Chancen für einen Aufschwung. „Viele Branchen haben das erste Halbjahr abgehakt. Ob sich die Dinge danach zum Positiven wenden, hängt zum einen von der Arbeit der neuen Bundesregierung ab und zum anderen von der geopolitschen Entwicklung“, erklärte Schirp weiter. Das Plus beim Bruttoinlandsprodukt in der Region könne bei etwa einem halben Prozent liegen.

Die Umfrage zeigt zudem eine tiefe Unzufriedenheit der UVB-Verbände in wichtigen Feldern der Wirtschaftspolitik. Bei der Bewertung der Standortbedingungen in Berlin stuften 89 Prozent der Verbände das Angebot an Wohnraum als „schlecht“ ein. 86 Prozent bezeichneten den Standortfaktor Bürokratie als „schlecht“, ebenso viele kritisierten den Stand der Digitalisierung in den Verwaltungen als „schlecht“.

In Brandenburg stuften 67 Prozent die Bürokratie als „schlecht“ ein, 65 Prozent die Digitalisierung

der Verwaltungen. Ein ebenso großer Anteil war mit dem Standortfaktor Energiepreise unzufrieden.

Schirp: „Niedergang der Industrie stoppen"

UVB-Hauptgeschäftsführer Schirp rief die Politik dazu auf, angesichts der Umfrage-Ergebnisse für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen. „Einen weiteren Niedergang der Industrie können wir uns gesamtwirtschaftlich nicht erlauben. Für die Wertschöpfung, die Beschäftigung und den Bereich Forschung und Entwicklung ist der Wirtschaftszweig unverzichtbar."

Die Ergebnisse der Sondierungsverhandlungen im Bund bewerteten die Unternehmensverbände als gemischt. „Wir sehen hier Licht und Schatten. Die Entscheidung für mehr Investitionen, für Bürokratieabbau, geringere Steuern und Energiepreise gehen in die richtige Richtung", sagte Schirp. Sie könnten sogar kurzfristig für Impulse sorgen. „Es fehlen dagegen Bekenntnisse zu Reformen in der Sozialversicherung, die den Faktor Arbeit nicht weiter verteuern. Hier erwarten wir dringend Nachbesserungen." Kritisch sei zudem, dass Union und SPD viele Vergünstigungen verteilen, aber kaum sparen wollten. Die neue Koalition müsse Prioritäten setzen und dürfe die finanzpolitische Stabilität des Landes nicht aufs Spiel setzen.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Die Umfrage im Detail

Die Lage aus Sicht der Wirtschaft

Situation, Aussichten, Aufschwung: Das sagen die Berlin und Brandenburg.

Charts als PDF (560 KB)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] wveb.de

Download VCF